

## **Kleine Anfrage 2702**

der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

### **Kosten und Nutzen Verwaltungsstrukturreform 2019 der rot-roten Landesregierung**

Der Landtag Brandenburg hat am 17.12.2014 auf Antrag von SPD und LINKEN beschlossen: „Grundlage der umfassenden Verwaltungsstrukturreform muss ein ausgewogenes Finanzierungskonzept mit der Zielstellung der dauerhaften Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden sein.“ Am 23.3.2017 wurde im Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Brandenburger Landtag am Beispiel der Stadt Cottbus vom Ministerium der Finanzen das Berechnungsmodell der Verwaltungsstrukturreform 2019 präsentiert unter dem Titel „Mögliche finanzielle Auswirkungen und Entlastungspotenziale im Falle einer Einkreisung bisher kreisfreier Städte im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform 2019“ präsentiert. Auf Seite 6 dieser Präsentation wird für den Zusammenschluss von CB / SPN / OSL und EE ein „Potential für langfristige Skaleneffekte p. a.“ mit „bis zu + 45 Mio. €“ angegeben. Die Stadt Cottbus kommt in ihrer Präsentation vom selben Tag im Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Brandenburger Landtag auf einen „Jährlichen Mehraufwand durch Synergiewegfall“ von „ca. 6 Mio. €“. Die Stadt Cottbus rechnet mit einem jährlichen Mehraufwand von 6 Mio. € und das Ministerium der Finanzen errechnet „Potential für langfristige Skaleneffekte p. a.“ mit „bis zu + 45 Mio. €“ nach der Verwaltungsstrukturreform 2019. Dieses Beispiel zeigt, dass völlig unklar ist, ob Mehrkosten oder tatsächlich ein Nutzen für die Landkreise und bisher kreisfreien Städte nach der Reform überwiegen werden. Es bleibt auch im Unklaren, ob die Landesregierung die realen Kosten der Landkreise und kreisfreien Städte in ihren Berechnungen tatsächlich erfasst.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Wann wird das im Plenum vom 17.12.2014 beschlossene Finanzierungskonzept der Verwaltungsstrukturreform 2019 dem Parlament vorgelegt?
2. Welche konkreten Aussagen wird das im Plenum am 17.12.2014 beschlossene Finanzierungskonzept zu den Kosten und zu den Einspareffekten Nutzen der Verwaltungsstrukturreform 2019 beinhalten?
3. Welche konkreten Aussagen wird das im Plenum am 17.12.2014 beschlossene Finanzierungskonzept zu den zusätzlichen Kosten der Landkreise und kreisfreien Städte wie z. B. für IT-Anpassungen und Baumaßnahmen beinhalten?

4. Wird es hauptamtliche Kreistagsmitglieder in den zusammengelegten Landkreisen geben? Wenn ja, wer trägt die Kosten für die hauptamtlichen Kreistagsmitglieder?
5. Werden die Kreisumlagen aufgrund der Verwaltungsstrukturreform 2019 steigen?
6. In welcher Form werden heute bereits belegbare Steigerungen der Kreisumlagen in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen fachlich ausgewertet und in der Prognose der Entwicklung der Kreisumlage für das Land Brandenburg berücksichtigt?
7. Was sind die Ursachen der Verschuldung der kreisfreien Städte?
8. Wie werden nach den Vorstellungen der Landesregierung die Ursachen der Verschuldung der kreisfreien Städte durch die Kreisgebietsreform langfristig behoben?
9. Stimmt es, dass die an kreisfreie Städte übertragenen Aufgaben nicht auskömmlich vom Land Brandenburg finanziert werden und in welchen Bereichen und Größenordnungen trifft das zu?
10. Wie stellt sich bei den an die Landkreise übertragenen Landesaufgaben, insbesondere im Sozialbereich, bei der Flüchtlingsunterbringung, den Kitapersonalkostenerstattungen und entsprechenden Betriebskostenzuschüssen für die Kitas die Auskömmlichkeit der Finanzierung der Aufgabenträger dar?
11. Nach welchen Kriterien sollen die derzeit aus dem Landeshaushalt finanzierten Ausgaben für die Wahrnehmung von Forstaufgaben einschließlich des Personals beim Übergang der Aufgabe und des Personals auf die Landkreise den künftigen Aufgabenträgern zur Verfügung gestellt werden? Sichern diese Kriterien die strengen Vorschriften des Konnexitätsprinzips?